

15
our. Fernruf 704.
ft Rheinland.
rsammlung
achmittags 3 1/2 Uhr.
t Verein in der Gelfstr.
g: Statuts vorgelesen
chtsrat.
iffen, Vorsitzender.
ucht-Verein.
g

mmmlung
achmittags 5 Uhr,
g:
s 9 der Sitzungen
in jedem Falle be-
des und Ausschusses
demselben Lokale zu
ersiehende.
iff, Schriftführer.
hmann,
Breitestr. 1
Arbeiten wie in
Antragen in
ranova usw.
soliden Preisen.
ht.

züge
Manchester.
Blousen,
Anzüge
billigst bei
midt,
insterplatz 7.
u. Confection.

ungen,
prechend, voran
ausgeführt.
ten.
dorff,
H.
Telefon 449.

Feld- und
ten
ut und billig bei
öfer,
Berossstraße.

ster Garantie
r Centner.
n, Neuf.

li-
pulver
rscheinungen
este

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden.



Interate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem lauffähigen Lesepublikum unseres Landes die beste Wirkung. Preis für die lebenslange Leihung des Blattes 15 Pfg., außerhalb der Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die vierspaltige Anzeigenzeile 60 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 131.

Redaktion: Jos. GUNAU.

Donnerstag, 7. April 1910. (Hermann Joseph.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

37. Jahrgang.

Präliminarien für die Reichstagswahl 1911.

Der vollständige Niederbruch des Wilhelmschlosses hat folgerichtig in Deutschland eine totale Umgestaltung der Orientierung der innern Politik herbeigeführt. An die Stelle der widerwärtigen Zusammenfassung zweier so heterogener Elemente, wie die Konservativen und Liberalen, deren völlige Arbeitsunfähigkeit die Regierung zu ihrem und des Landes Schaden erst viel zu spät erkannt hat, ist das Zusammenrücken der staatsrechtlichen Parteien, der Konservativen und des Centrums, getreten und hat energisch die praktische Arbeit aufgenommen, die Wilhelms Angstprodukt zu leisten nie imstande war. Das nämliche Centrum, das „national-liberale“ Geschichtsbildung als unnational zu verurteilen suchte, hat durch seine Haltung und durch sein Handeln den Beweis seiner Integrität auch in nationalen Angelegenheiten glänzend erbracht und die Verwurmerung als solche entlarvt. Der Weisheit ist auf den Schützen zurückgefallen. Die bisherige Enttäuschung über den unerfüllt gebliebenen Wächter, verbunden mit der brennenden Sehnsucht nach der Aufhebung des Schwindels, haben in den Reihen der Liberalen eine bodenlose Gefährdung erweckt, die gegen die beiden in Wahrheit nationalen Parteien mit allen Mitteln der Einstellung und Verdrängung arbeitet — ein beklagenswertes Zeichen des Tiefstandes der politischen Moral, zu dem jene Kreise gelangt sind, die sich mit dem Mäandern nationaler Gesinnung zu drapieren wagten. Auf diesem Wege fanden sich die Männer „von Weisheit und Bildung“ mühelos mit den Sozialdemokraten zusammen. Nachdem dieser vollvergiffene Arbeit durch die unverbrochene Aufklärungsarbeit des Centrums und der Konservativen ein Ziel gesetzt war, wurde als weiterer Agitationsstoff die preussische Wahlrechtsreform aufgeworfen. Ein immens dankbares Objekt, wenn es auch im Grunde genommen nur Material des preussischen Landtages, nicht des Reichstages ist. Rein abstrakt und theoretisch betrachtet erscheint ja die Regierungsverfügung wie auch die Umgestaltung, die sie durch die Majorität erfahren hat, richtig und angeordnet. Aber auch nur in der grauen Theorie! Praktisch ergibt sich eine ganz andere Situation, in deren Dichte sich das Geleis in seiner jetzigen Gestaltung als das einzig erreichbare und den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragende herausstellt.

Im Zeichen der bevorstehenden Reichstagswahlen stehen auch die tatsächlichen Manöver der links-liberalen Parteien. Die vielgerühmte Stofkraft des liberalen Gebrauchs ist allgemein erkannt und besagt vollständig, denn das Volk verlangt nach Te-

ten und läßt sich mit Phrasen nicht mehr abspelen. Der Vantrott der Ideale ging Hand in Hand mit einem rasanten Zusammenschmelzen der Gefolgschaft; die besten Elemente rückten ab und wandten sich nach rechts, die Radikalen suchten und fanden Anstich bei den Sozialdemokraten. Die Angst vor dem völligen Aufliegen rief zum Zusammenschluß der einzelnen Gruppen und Gruppen. Was aber einem Eugen Richter mit einem zweifellos besseren Menschenmaterial nicht gelang, darum bemühen sich seine kleinen Epigonen vergeblich. Auch der jüngste Versuchungsakt erinnerte mehr an eine Trauerfeier, als an eine Festversammlung. Er ist eben ein theoretisches Experiment, dem der Impuls der ohnehin gar nicht vorhandenen Massen fehlt. Einem unter solchen Umständen begonnenen Experimente läßt sich keine günstige Prognose für die Zukunft stellen. Es wird so kommen, wie es bisher immer gekommen ist: trotz des Zusammenschlusses wird das Häuflein immer mehr zusammenschmelzen, bis die Sozialdemokratie das Unüberlebende des Liberalismus antritt.

Trotz dieser wenig tröstlichen Ausichten, die durch das turbulente Vorgehen der radikalen Jungliberalen noch verschlimmert werden, sehen die Liberalen noch auf dem hohen Ross und stellen zum Zeitvertreib Berechnungen an, wie viele Stige sie im Bunde mit den Sozialdemokraten wohl dem Centrum abnehmen könnten. Ähnliche Berechnungen tauchten bereits vor den Wahlen zum Reichstag von 1906 auf, stellten sich aber bald als gründlich falsch heraus; sie haben also weder den Reiz der Neuheit, noch die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich. Im übrigen hat das Centrum seine Taten in die Waagschale zu werfen.

Deutschland.

Berlin, 6. April.

Der Berliner Kulturtag, der im wesentlichen nur eine alte Schimäre der Freidenker auf die hohen Ultramontanen war, kommt auch in protestantischen Kreisen nicht gut an. Die auf diesem Boden stehende „Deutsche Tageszeitung“ schreibt dazu:

„So kann man wohl sagen, dieser „Kulturtag“ der Freidenker habe einen geradezu kläglichen Verlauf genommen. In Frankreich oder in Italien mögen diese unferreilichen antireligiösen Festredungen dem Charakter der Nation gemäß sein und wirklich einige Bedeutung gewinnen können. Dem deutschen Volke aber werden sie wohl immer weisend bleiben, und wie wenig Bedeutung sie in deutschen Landen haben, hat gerade dieser „Kulturtag“ dargelegt, der zu ihrer Protagierung dienen sollte. Als die Liberalen kurz nach der Reichstagsgründung ihren „Kulturkampf“ unternahmen,

angebild gegen die katholische Kirche allein, in Wahrheit aber gegen jeglichen positiven christlichen Glauben, da hatten sie in ihrer Kulturphalanx doch noch Größen einer wissenschaftlichen Kultur wie Rudolf Virchow (der diesem Kampf ja den Namen „Kulturkampf“ gegeben hat) und Theodor Mommsen. Auch der gewiß schon lächerliche Goethebund, der die schlafe, defadente Dörfer-Kultur von Berlin W. repräsentiert, hat wenigstens noch Leute wie Sudermann, Fudba, Gerhard Hauptmann in seinen Reihen. Dieser „Kulturtag“ aber mit den Schädlingen und dem freisinnigen Stadtrat Benzig, die etwa die Kulturhöhe eines Berliner freisinnigen Reichsbürgermeisters repräsentieren, ist doch wohl der Gipfel. Man braucht nur Namen wie Hans Thoma, Wilhelm Raabe und die Gräfin Hande-Mazetti — von den vielen schönen Talenten der deutschen Heimatkunst, von Gehardt und Uhe gang zu schweigen — zu nennen, um festzustellen, auf welcher Seite die wirkliche Kultur ist.“

Der „Kulturtag“ der Freidenker ist ein beklagenswerter Beitrag der Westdeutsche Post, das Publikationsorgan der Freidenkerischen Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen (Nr. 13). In dem Heft dieses Blattes wird die Unterfuchung der Frage: „ob Christus gelebt hat oder nicht“ als „Geistesverfälschung“ bezeichnet und dann fortgeführt:

„Denn sie ist für die vorwärtschreitende Menschheit in Wirklichkeit überflüssig. Hat Christus wirklich gelebt, dann müssen wir ihn wegen seiner Lehre des erhabenen Menschentums als den größten aller Menschen verehren. Hat er aber nicht gelebt, so verliert das Menschheitsideal, das unter seinem Namen geht, auch nichts von seinem Werte. Würde es Christus nicht gewesen sein, dann würde eben ein anderer uns daselbe Evangelium verstanden haben, denn die Einzelmeinungen sind nur Werkzeuge der Ideen, die in der Zeit liegen, in dem Vorwärtsdrängen auf der Bahn der Menschheitsentwicklung. ... Wie unsere heidnischen Vorfahren mit den Feuern den Sieg des Lichts über die Finsternis andeuten wollten, so ist auch unser Heutiger das Licht der Erleuchtung, der Erläuterung und des strahlenden Lichts, das die Dunkelheit verjagt, ebenso, wie die ganze christliche Religion eine Religion der befreienden Seligkeit ist. Die Künftigen, die zuerst dem Christusbilde den Heilgenheim gaben, wollten dies jedenfalls damit zum Ausdruck bringen. Und von diesem Bilde sollten auch die engherzigen und machthungerigen Vorfahren geblendet werden, die die christliche Lehre in die Zwangsjacke einer bürokratischen und formalistischen Kirche gefesselt haben, um sie für ihre dunklen Zwecke auszunutzen.“

Solche Phrasen — anders kann man die Ausführungen des Freidenkerischen Gewerkschaftsblattes nicht nennen — können ebenso gut in

einem beliebigen sozialdemokratischen oder Freidenkerblatt stehen. Und dabei nennen sich die Freidenker „neutralen“ Gewerkschaftsorganisationen!

Zur Wahlrechtsbewegung.

— Zur Frage der Wiederherstellung der Dreiteilung in den Gemeinden drückt die „Schlesische Volkszeitung“ folgende von einem Centrumsführer abgegebene Erklärung ab:

Die Einführung der geheimen Wahl wird eine Vermehrung der Mandate des Centrums nicht zur Folge haben, sie wird nur Anhänger des Centrums vor Bedrängnissen schützen, wie wir sie z. B. in Kattowich neulich zu beklagen hatten. Das Parteinteresse des Centrums am Zustandekommen der Vorlage ist nicht so groß, daß es dafür in die Aufhebung der Dreiteilung in den Urwahlbezirken willigen könnte. Ist nur unter diesem Opfer ein neues Wahlgesetz zu haben, dann wird das Centrum dieses weitere Opfer keinesfalls bringen, sondern die Vorlage lieber scheitern lassen. Darü-ber möge sich bei den Verhandlungen des Herrenhauses niemand einer Täuschung hingeben.

Niederlande.

Die politische Lage der Katholiken in Holland.

* Rotterdam, 3. April. Ein Beispiel dafür, was zielbewusste Arbeit und ernstes Streben vermag, bieten die Katholiken in Holland. Dort haben sich die Katholiken im Laufe der letzten 60 Jahre aus einer gedemütigten, kaum gebildeten Lage zu einer auch politisch bedeutenden Stellung emporgearbeitet, nachdem sie mehr als zwei Jahrhunderte politisch gleich null gewesen waren. Heute sitzen in der Abgeordnetenkammer unter 100 Abgeordneten 25 Katholiken und von den 50 Senatoren sind 18 Katholiken. Es ist auch sehr lehrreich zu beobachten, wie sich die Katholiken allmählich zu ihrer parteipolitischen Stellung emporarbeiten und wie diese immer stärker und geachteter wurde, je feiler und entschiedener sie ihre Grundfänge wählten und eine kräftige soziale Tätigkeit zur Grundlage und Stütze ihrer politischen Aktion machten. Der über 20 Jahre dauernde Kampf um die Schule bewirkte, daß die religiöse Frage in die breiten Volksmassen drang und so zur leitenden Idee der großen Parteien wurde. In diesem Kampfe um die christliche Schule standen auch alle gläubigen Protestanten auf Seite der Katholiken. Diese Folge sind um so höher anzuschlagen, als die Zahl der Katholiken nur ein Drittel der Bevölkerung bildet. Trotzdem erlachte der Mut und die Opferfreudigkeit der holländischen Katholiken auch nicht in schwierigen Tagen. Nach der Statistik eines protestantischen Geistlichen haben die holländischen Katholiken von 1840 bis 1900 ungefähr 500 Millionen Gulden, also etwa 1 1/2 Millionen Franken, für religiöse Zwecke gegeben. Und doch gehören auch die Katholiken Hollands zum großen Teil dem Mittel- und Arbeiterstande an.

Spanien.

Bombenattentat auf ein Nonnenkloster.

* Madrid, 6. April. In der Kapelle des Klosters der Nonnen von Jerusalem in der Nähe von Sagorafia fand in der Nacht zum Samstag eine Explosion statt. Zwei Nonnen wurden schwer verletzt. Unter den Nonnen brach eine Panik aus. Es handelt sich um ein anarchistisches Attentat, da noch drei Bomben vorgefunden wurden.

Stadtverordneten-Sitzung.

(Eigener Bericht.)

(Schluß.)

Neuß, 5. April.

Abänderung der Grundsteuerordnung.

Beigeordneter Klein: In der letzten Sitzung sei der Beschluß über die Abänderung der Grundsteuerordnung verlagert worden. Die Abänderung gehe hauptsächlich auf Anregung des Bezirks-Ausschusses. Die Finanz-Kommission habe die Angelegenheit nochmals beraten. Stadt. Richter: Der Nachtrag habe manches für sich, es seien aber auch Bedenken geäußert worden. Für sich habe er jedenfalls, daß nach Annahme des heute vorliegenden Nachtrages die Stadtverwaltung nicht gezwungen werden könne, über das praktische Bedürfnis hinaus Straßen auszubauen und mit ganz bedeutenden Kosten zu verfahren. Auf der andern Seite sei die alte Fassung sehr präcise gewesen. Der Ausdruck „fertig ausgebaut“ habe seinen Vorzug gehabt vor der neuen Fassung: „soweit ausgebaut, daß die Dauerlaubnis erteilt werden könne“. Diese Fassung sei unklar. Dazu komme, daß es in diskretionäres Ermessen der Polizeibehörde gestellt sei, die Dauerlaubnis zu erteilen und doppelte Grundsteuer zu erheben. Um hier einen festen Standpunkt für die Verurteilung zu gewinnen, möchte er die Verwaltung bitten, Gebungen darüber anzustellen, wie sich das aus der Aufwendungen gemäß dem alten Statut gegen-

Aber der bisherigen Praxis bezug. die entsprechende auf die Adjacenten entfallende Verzinsung sich zu dem Ertrag des Plus an Grundsteuern verhält und dieses dem Kollegium mitzuteilen. Auf der jetzigen Unterlage sei es schwer, aus dem Dilemma herauszukommen.

Vorsitzender: Er möchte dringend ersuchen, nicht nochmals Vertagung eintreten zu lassen. Die Stadt müsse das Statut haben, um rechtzeitig die Grundsteuer verlangen zu können. Die Abänderung müsse noch genehmigt werden. Im übrigen sei Herr Nischen im Recht, wenn er glaube, es sei der Baupolizeibehörde überlassen, an solchen in Betracht kommenden Straßen die Baubewilligung zu erteilen. Es habe jedesmal die Stadtverordnetenversammlung zu befinden, ob an solchen Straßen die Baubewilligung erteilt werde oder nicht. Auch die zu leistende Straßenbaukostenpflicht stelle die Stadtverordnetenversammlung fest. Die Furcht vor dem diskretionären Ermessen der Polizeibehörde sei also nicht gerechtfertigt, dem Sinne nach sei in dem Nachtrag nichts geändert, nur sei die Fassung eine solche geworden, daß sie den Tatsachen entspräche. Das Statut sei zur Zeit von den Stadtverordneten einstimmig oder doch fast einstimmig beschlossen worden, zu verhindern, daß diejenigen Eigentümer, bezug. Spekulant, welche an von der Stadt fertiggestellten bezug. anbaufähigen Straßen Grundeigentum liegen haben, auf Kosten der Allgemeinheit spekulieren. Die doppelte Grundsteuer sei dafür nur gerecht und billig. Man müsse bedenken, daß in Straßen, die zur Bebauung freigegeben seien, große Komplexe zurückgehalten würden von der Bebauung, Jinsen von den Straßenbaukosten aber nicht bezahlt würden, die Spekulation also auf Kosten der Allgemeinheit gehe. Diese habe aber keine Veranlassung für die Verankerung des Einzelnen aufzunehmen. Diese Grundstücke seien auch heute noch maßgebend. Wenn das Ortsstatut dahin ausgelegt werden müßte, daß erst die letzte Kataster und das letzte Totloir gelegt sein müsse, ehe eine Straße als fertig gelte, dann könne die Stadt auf keinen Fall Steuern erheben. Die Bürgersteige würden doch erst in üblicher Weise dann gelegt, wenn auch das Haus gebaut sei, damit der Bürgersteig dann nicht nochmals aufgerissen zu werden brauche. Wenn man es beim Alten lasse, bekomme man keinen Pfennig.

Auf eine Anfrage des Stadtverordneten Nischen bemerkt der Vorsitzende, daß bis zur Abrechnung keine Jinsen von den Straßenbaukosten erhoben werden können.

Stadtverordneter Nischen: Man könne ja in den nächsten Tagen nochmals beraten. Der Bezirksausschuß müsse sich ja auch mit der Sache befassen.

Vorsitzender: Wenn Herr Stadtverordneter Nischen ihm in voriger Sitzung oder gestern gesagt hätte, daß er den Antrag stellen wolle, würde er das Material heute zur Stelle gehabt haben. Er betone nochmals, nach der jetzigen Fassung werde man keinen Pfennig bekommen.

Beigeordneter Thymwissen: Es kämen ja nur die Straßen in Betracht, welche von der Stadt ausgebaut worden seien, diejenigen, welche von den Adjacenten selbst oder auf deren Kosten ausgebaut worden seien, nicht. Nur wenige Straßen würden davon betroffen.

Vorsitzender: Es würden nur Straßen betroffen, welche auf Kosten der Allgemeinheit ausgebaut seien, die Jinsen dafür ließen auf Kosten der Allgemeinheit zu Gunsten der Adjacenten.

Stadtverordneter Stittel: Die neue Regelung werde auch großen Vorteil für die Adjacenten haben, sie müßten sonst lange auf Abrechnung warten. Das könne oft 20 Jahre dauern. Wenn die Straßenbaukosten heute 100 Mk. betrügen, seien sie in 20 Jahren bis zu 250 Mk. gestiegen, da die Jinsen hinzukämen. Wenn die neue Fassung abgelehnt werde, müßte die Stadt diese Jinsen tragen. Die Doppelbelastung solle ein Äquivalent für den Verlust an Jinsen sein.

Vorsitzender: Er bitte dringend, den Beschluß heute zu fassen.

Für die Vertagung erklärt sich die Majorität, 10 Stadtverordnete.

Vorsitzender: In acht Tagen werde die weitere Sitzung sein, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigen werde.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

(Aus dem amtlichen Bericht.)

Geschehen Neuf, den 5. April 1910. Anwesend unter dem Vorste des Bürgermeisters Gießen die Beigeordneten Klein und Thymwissen und die Stadtverordneten Breuer, van Emden, Gies, Guder, Heinemann, Paul, Josten, Lommes, Piel, Nischen, Rob. Gub. Schmidt, Peter Schmidt, Cornelius Thymwissen, Tostetti und Wendels.

Entschuldig die Beigeordneten Melchers und Stallen und die Stadtverordneten Brand, Deitapen, Janssen, Josef Josten, Koenemann, Kreutzer, Leuchtenberg, Sels und Wingender.

Aufgabe von ausgelegtem Terrain seitens der Wiesendampfsäbgelei Neidhöfer u. Cie. A. G. Stadtverordnetenversammlung beschließt, von dem durch die Wiesendampfsäbgelei Neidhöfer u. Cie. A. G. ausgelegten städtischen Grundbesitz mit Wirkung vom 1. März 1910 ab ein Grundstück in der Größe von 1 Hektar, 84 Ar, 4 Quadratmeter, ein weiteres Grundstück in der Größe von 1 Hektar, 29 Ar, 40 Quadratmeter, und den durch diesen beiden Parzellen an der Hammerlandstraße liegenden Geländestreifen von 20 Meter Breite mit einem Flächeninhalt von 33 Ar 50 Quadratmeter, ferner mit Wirkung vom 1. März 1909 ab den rechts vom Ringofen städtisch liegenden Geländestreifen von 20 Meter Breite an der Hammerlandstraße mit einem Flächeninhalt von 32 Ar wieder auf die Stadt zu übernehmen.

Festsetzung der Straßenbaukosten für die Jülicherstraße. Stadtverordnetenversammlung beschließt, die von den Anliegern zu zahlenden Straßenbaukosten der Jülicherstraße wie folgt fest:

a) für den Straßenteil zwischen Park- und Dreifönigenstraße auf 71,88 Mk. pro Frontmeter, ausschließlich Bürgersteigkosten und etwaiger Grund-erwerbskosten;

b) für den Straßenteil zwischen Dreifönigen-

straße und Wegeunterhaltungsgrenze auf 65,96 Mk. pro Frontmeter, ausschließlich Bürgersteigkosten.

Die Festsetzung der Bürgersteigkosten und der Grund-erwerbskosten bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten.

Verkauf von Grundstücken. Stadtverordnetenversammlung genehmigt den Verkauf der beiden Bauplätze 7) und 71) an der Burgunderstraße aus dem Grundstück der Hospitalverwaltung Flur B Nr. 2341-302 an den Ziegeleibesitzer Jaf. Tillmann zu 450 Mk. pro sqd. Meter Front ausschließlich Straßenbaukosten.

Anstellung eines Beamten. Stadtverordnetenversammlung wird gebittet über die etatsmäßige Anstellung des Verwaltungs-Assistenten auf Probe Heinrich Müntzlering als städtischer Verwaltungs-Assistent.

Aus dem Kreise Neuf.

* Neuf, 7. April.

§ Rheinischer Bauernverein. In seiner vor-gelegten Vorstandssitzung hat der Rheinische Bauernverein beschloffen, Hrn. Dr. v. Kallen als Generalsekretär anzustellen. Derselbe ist gegenwärtig noch beschäftigt am Landesbureau des Reichs Sachsin und gehörte zu den drei Sectionen, die in engere Wahl gekommen sind als Generalsekretär der Rheinischen Landwirtschaftskammer.

IV. Maschinenprüfstation des Rheinischen Bauernvereins Neuf. Aus dem Geschäftsbericht für 1909 sei noch folgendes nachgetragen:

Die Bezüge in landwirtschaftlichen Maschinen und Bedarfsartikeln sind im Jahre 1909 sehr gut gewesen. Im kompletten Materialantrag wurde nur eine Einrichtung zur Ablieferung gebracht, bei unmerklich ausreichender Belegung der Provinz nicht mehr zu rechnen, desto mehr nach sich bei den Materialkosten das Bestehen geltend, durch Einrichtung von Nebenbetrieben die Rentabilität zu erhöhen. In erster Linie kommen dafür die Maschinenbetriebe in Betracht und wurden im Jahre 1909 durch die landwirtschaftliche Abteilung mehrere solcher Anlagen geliefert, welche zur vollsten Zufriedenheit arbeiten. Der Umsatz von Bedarfsartikeln hat zugenommen, die meisten der angeschlossenen Material- und Maschinenbetriebe beziehen fast sämtliche Bedarfsartikel durch die landwirtschaftliche Abteilung, ein vollständig einheitlicher Bezug würde noch weit größere Vorteile für die Genossenschaften mit sich bringen. Der Jahresumsatz belief sich auf 10.852,41 in einfacher Summe.

Die Geschäftsergebnisse der Maschinenprüfstation können als zufriedenstellend nicht bezeichnet werden. Während die größte Zahl der Landwirte überhaupt nicht durch die Abteilung bezieht, benutzen andere die Maschinenprüfstation, um die Händler mit dem eingekauften Preise zu drücken. Wenn die Maschinenprüfstation auf diese Weise den Landwirten indirekt Vorteile bringt, so dürfen die Landwirte nicht vergessen, daß die Verantwortung der vielen Anfragen der Maschinenprüfstation bedeutende Portofolio- und Verwaltungskosten verursacht und daß diese Unkosten nur durch direkten Kauf der benötigten Gegenstände von der Maschinenprüfstation selbst aufgebracht werden können. Je größer sich der Umsatz der Maschinenprüfstation gestaltet, desto mehr wird sich der Aufschlag auf die Einkaufspreise verringern, welchen die Maschinenprüfstation zur Deckung ihrer Unkosten beanpruchen muß. Daß die Maschinenprüfstation auf eine Ermäßigung der Preise der Maschinen und besonders auf Verringerung des Verdienstes des Zwischenhändlers kräftig einwirkt, beweisen am besten die öfteren Beschwerden der Händler bei den Fabrikanten. Das finanzielle Ergebnis der Maschinenprüfstation ist in diesem Jahre noch sehr beeinträchtigt durch die allmähliche Abwindung der Geschäfte mit den Vertretern, es hat sich ergeben, daß diese nicht richtig genug sind, und daß sich daher der Umsatz so gering gestaltet, daß die Zinsverluste an den zu unterhaltenden Lagern durch das Verdienst an den wenigen verkauften Maschinen nicht gedeckt werden.

Der Umsatz der landwirtschaftlichen Maschinen betrug im Jahre 1909 ca. 104.030, — in einfacher Summe.

Zusammen hat die Maschinenprüfstation im Jahre 1909 einen bescheidenen Gewinngewinn von 104.030,33 erzielt.

Die A. G. Schöhen rufen mit heutigen Tage in das Schulregiment ein. Die Stimmung in den kleinen Herzen ist sehr verschieden bei diesem ersten Gange ins Leben. Mancher der kleinen Knirpse tritt mit einem Selbstbewußtsein auf, als ob er schon die Welt erobert und ein anderer steht nur trübseligen Auges den zaghaften Schritt über die Schwelle der Schule, welche doch berufen ist, ihm die Grundlage für das spätere Lebensglück zu geben. Glückselig, ihr kleinen Studenten, und du, liebe Mutter, die mit besorgtem Blick deinem Liebling nachsiehst, tröste deine Tränen. Der Kleine ist gut aufgehoben, und wenn das Haus gleichzeitig, wie es notwendig ist, mit der Schule an dem wichtigsten Erziehungs- und Arbeitsfeld, so werden die heutigen schwachen Kinder einst starke und glückliche Männer und Frauen werden. Vor allem Gott nicht vergessen, der den Segen geben muß!

§ Die Verbindung zwischen Grevendbroich und Köln werden zum 1. Mai d. J. durch die Einrichtung eines neuen Sitzgarnitures mit der 1. bis 3. Wagenklasse und nachfolgendem Fahrplan erheblich verbessert. Sitzung 1902 Grevendbroich auf 9,05, Köln auf 9,41. Sitzung 1903 auf 8,11, Neuf auf 8,44, Grevendbroich auf 10,20.

§ Die Kniegasse ist infolge der Erdarbeiten auf dem Hauptstrassenzuge am Bahnhof durch den Verkehr sehr stark in Anspruch genommen worden. Die Folge davon ist, daß sowohl die als die die Straße auch mehr der Verschmutzung ausgesetzt ist. Vorheran hat uns nun die Kniegasse nicht allzu sehr belästigt. Hoffen wir, daß den neuen Verkehrsverhältnissen entsprechend auch die Straßenreinigung eingerichtet wird.

(Eingefandt.)

§ Jons am Rhein, 6. April. Die Gewerbe-steuerrolle Jons pro 1910 liegt vom 9. April bis

15. April er. auf dem Bürgermeisterramte Jons zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks offen. — Dem am 1. April er. in den Ruhestand getretenen Herrn Hauptlehrer Janders wurde heute nachmittag durch den Herrn Landrat Dr. v. Brandt der Hohenzollernsche Hausorden überreicht.

Aus dem Kreise Grevendbroich.

§ Hemmerden, 6. April. Am Sonntag fand in dem festlich geschmückten Saale der Wirtshaus Gastwirtschaft die Abschiedsfeier der am 1. April pensionierten Lehrerin Fräulein Jafelmann statt. In sinnigen Reden und Gedichten brachten die Schüler dieser Schule der geliebten Lehrerin ihre Abschiedsgrüße dar. Namens der Kollegen widmete Herr Hauptlehrer Steinhäuser der Scheidenden warme Worte der Anerkennung ihres rastlosen Fleißes und ihrer Gewissenhaftigkeit. Herr Pastor Schmitz überreichte als Allerhöchste Auszeichnung einen Prachtband der „Nachfolge Christi“ von Thomas v. Kempen und verlas das beifällige Schreiben der Königl. Regierung. Zugleich sprach der Herr Pastor in seinem Namen und im Namen der Eltern und früheren Schüler der Scheidenden den Dank für all das Gute aus, das sie gewirkt habe. Herr Bürgermeister Vertanus überreichte als Geschenk der Gemeinde eine goldene Uhr; er rühmte die Treue, mit der die Lehrerin 37 Jahre der Gemeinde ihre Dienste gewidmet habe und wünschte ihr reichen Lohn für ihre langjährige Tätigkeit. Nachdem dann noch Fräulein Depen der lieben Freundin die Abschiedsgrüße der Kolleginnen des Kreises entboten, schloß die schöne Feier mit dem Riede: Es ist bestimmt in Gottes Rat. — An diese Feier schloß sich die Generalversammlung der hiesigen St. Sebastianus-Vereins an. Die Zeit rückt näher, da Hemmerden das Fest des 250jährigen Bestehens dieses seines größten Vereines zu begehen gedenkt. Aus den Verhandlungen, die unter Leitung des eifrig tätigen Obersten Herrn W. E. zu einem regen Meinungsaustausch Anlaß boten, sei besonders der Beschluß hervorgehoben, am Festtage unter anderem auch einen historischen Festzug in Szene zu setzen, zu dessen Arrangement Herr W. E. sich in anerkannter Weise bereit erklärte. So darf man sicher sein, daß etwas aufsteht kommt, das auch für weitere Kreise von großem Interesse sei wird. Herr Bürgermeister Vertanus ermunterte in feurigen Worten zu geschlossenem Zusammenwirken auf.

§ Garzweiler, 5. April. An Stelle des am Amte geschiedenen Hauptlehrers Joseph Gleichauer ist Herr Lehrer Karl Buscher zu seinem Nachfolger ernannt worden.

§ Grevendbroich, 5. April. (Schöffengerichtssitzung.) Schöffers Adam G. aus Gultorf, 3. J. in Haft, war in Bedelingshausen bei E. beschäftigt. Einmal Tages ließ er sich von dem Bedelingshauser ein Rad und verschwand mit demselben. Außerdem hatte er noch Handwerkszeug mitgenommen. Er wurde heute verurteilt, und da er bereits vorbestraft ist, zu 8 Wochen Gefängnis verurteilt. — Anstreicherhelfer Johann W. aus Grevendbroich war am 1. Januar mit mehreren Freunden auf einer Festlichkeit in Capellen gewesen. Als sie morgens nach Hause fahren wollten, wurden sie auf dem Wege zum Bahnhof von dem Holzarbeiter Heinrich K. aus Capellen ohne jede Ursache angefallen und mißhandelt. In der heutigen Hauptverhandlung wurde K. zu 5 Wochen Gefängnis verurteilt. — Weil sie am 8. Februar zu Kommerzienrat von Theodor Sch. aus der Westfälische Geld entwendet hatte, wurde die Ehefrau Peter Josef K. aus G. zu einem Tage Gefängnis verurteilt. — Am 2. Dezember v. J. waren der Fabrikarbeiter Gottfried F. aus Jüchen, Johann G. und Arbeiter Hermann K., sämtlich aus Grevendbroich, in der Wirtschaft E. zu G. wegen Verzehrs der Getränke gerieten sie mit dem Wirt E. und Anwalt Josef E. in Wortwechsel, in dessen Verlauf E. den Josef E. mißhandelte und E. ihn bedrohte. Außerdem hatten sämtliche Angeklagte sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht. Das Urteil lautete gegen E. auf 1 Woche Gefängnis, gegen F. auf 12 Tage Gefängnis und gegen K. auf 8 Tage Gefängnis. — Der Bahnkassierer Wilhelm K. aus Capellen geriet am 30. Januar 1910 mit dem Maschinenführer Ludwig G. aus Capellen in Streit, in dessen Verlauf K. den G. bedrohte und G. den K. mit einem Stock mißhandelte. Außerdem hatte K. die Ehefrau M. beleidigt. Urteil: K. 18 Mk. ev. 6 Tage Gefängnis, G. 15 Mk. ev. 5 Tage Gefängnis. — Fabrikarbeiter Fritz H. aus Jüchen war angeklagt, am 9. Januar d. J. den Jakob W. vorzüglich körperlich mißhandelt zu haben. Er wurde zu 3 Mk. ev. 1 Tag Gefängnis verurteilt. — In einer weiteren Sache erging ein freisprechendes Erkenntnis. — Zwei Sachen wurden vertagt.

Rheinland-Westfalen.

§ Düsseldorf, 5. April. Entschieden der im Vorjahr erfolgten Eingemeindungen Düsseldorf ist laut Verfügung des Ministers für Handel und Gewerbe vom 30. März 1910 mit dem 1. April 1911 der frühere Gemeindebezirk Seebt-Oberstall aus der Handelskammer Neuf ausgeschieden und dem Düsseldorf der Handelskammerbezirk zugeteilt worden. Die Zahl der Handelskammermitglieder wurde um zwei, von 24 auf 26 erhöht.

§ Köln, 6. April. Gestern nachmittag hatten auf einem Grundstück an der Amsterdamer A. mehrere Kinder beim Spielen ein Feuerzeug angezündet. Obwohl Vorübergehende sie von dem betreffenden Grundstück wiesen und auf die Gefahren des Spielens mit Feuer aufmerksam machten, begannen die Kinder von neuem, ein Feuer anzuzünden. Dabei gingen die Kleider des fünfjährigen Mädchens eines Ziegeleiarbeiters von der Amsterdamer Straße Feuer und im Nu hand das bebaute Weiden in Flammen. Es konnte ihm von Erwachsenen bald Hilfe gebracht werden; es hatte aber schon am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten, denen es bald darauf im Wundheilungshospital erlag.

§ Düren, 5. April. Die Ehefrau W. erkrankte heute morgen mit Petrolum das ausgegangene Herbeiführen solcher an. Die Flamme

schlug in das Gefäß, dieses explodierte und der brennende Inhalt ergoß sich über die Frau. Die Frau starb einige Stunden später an den Brandwunden.

§ Deynhagen, 6. April. Das hiesige Theater steht seit heute morgen 8.30 Uhr in Flammen. Der Theaterkassier ist ausgebrannt, die Bühne ist erhalten geblieben. Soweit bisher festgestellt wurde, ist das Feuer im Obergeschoß des zweigeschossigen Nebengebäudes, wahrscheinlich durch Kurzschluß ausgebrochen. Für die diesjährige Saison soll ein provisorischer Theaterraum geschaffen werden.

Sport.

§ Or. Schön II. der französische Steeple des Or. Schön, soll das Rheinische Jagd-Rennen in Neuf am 1. Mai, in dem er das Steeplewicht von 75½ kilo trägt, bestreiten und zwar unter A. Sautval, unter dem er auf den Pariser Bahnen mit seinem Erfolg gelaufen ist. A. Sautval steht übrigens in dieser Saison an der Spitze der französischen Hindernis-Rodeys.

Gerichtliches.

§ Neuf, 6. April. (Schöffengericht.) Holzarbeiter Richard M., Tagelöhner Wilhelm S., Anstreicherhelfer Johann W. und Arbeiterhelfer J. W., alle zu Neuf, sollen gemeinschaftlich 50—60 Stück Kopfenbrötchen im Werte von etwa 4 Mark der Firma C. weggenommen haben. W. erhielt einen Verweis, die übrigen einen Tag Gefängnis. — Frühlingsfest Johann W., in Neuf, hat dem Polizeibeamten R. durch Gewalt Widerstand geleistet und denselben tätlich angegriffen. Strafe: 3 Wochen Gefängnis. — Ehefrau Tagelöhner Adolf P., in Horren, ist angeklagt, zu Vornagen den Lehrer E. durch Worte beleidigt zu haben. Verurteilt bis 20. April. — Gendarmmeister und Tagelöhner Heinrich D., in Neuf, hat zu Völsing durch Vorwiegeln den Heinrich E. um 5 Mk. geschädigt. Strafe: 5 Mk. Geldbuße oder einen Tag Gefängnis. — Grundarbeiter Leonhard W., in G. G. hat ein Messinglager im Werte von 3 Mk. der Firma H. und H. weggenommen. Er wurde zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. — Der Wundarzt Hermann K., in Schöhen, hatte gegen eine polizeiliche Strafe von 3 Mk. gerichtliche Entscheidung beantragt. Er sollte seine Tochter ohne Erlaubnis aus der Schule gehalten haben. Der Angeklagte wurde freigesprochen. — Fabrikarbeiter Mathias D., in Neuf, klagt gegen die Ehefrau des Tagelöhners Heinrich K., in Neuf, wegen Beleidigung. Urteil: 20 Mk. Geldstrafe oder 4 Tage Gefängnis.

Telegraphische Depeschen der Neuss-Grevendbroicher Zeitung.

Der Kaiser am Niederrhein. § Ridesheim, 6. April. Um 4 Uhr ist das Kaiserpaar mit Prinzessin Victoria hier eingetroffen und fuhr zum Deutnal, das eingehend besichtigt wurde. Um 5½ Uhr erfolgte die Weiterfahrt nach Wiesbaden, wo im Schloß der Ehe eingetroffen wurde. Nach letzter Meldung sind die Majestäten wieder glücklich in Homburg v. d. Höhe eingetroffen.

Wahlrechtsfindungen.

— Sozialdemokratische Wahlrechtsverhandlungen finden in ganz Preußen am kommenden Sonntag wieder statt. Für Groß-Berlin werden annähernd 20 Verfassungen einvernommen werden. In allen Verfassungen wird zu der am 12. April angeordneten zweiten Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus und zu dem am 15. April beginnenden Beratungen des Herrenhauses über die Vorlage Stellung genommen.

Kleine politische Nachrichten.

§ Wilhelmshafen, 6. April. Sechs Linienfahrzeuge des Norddeutschen Lloyd, Chef Viceadmiral Pohl, sind heute morgen im neuen Standort Wilhelmshafen eingetroffen. Zwei weitere Linienfahrzeuge folgen in einigen Tagen. Die Verlegung des Seehafens ist für Wilhelmshafen von großer wirtschaftlicher und im übrigen von großer strategisch militärischer Bedeutung. Der französische Kriegsminister Druan will bereits in den nächsten Tagen zurücktreten.

— Der französische Luftschiffer-Flug hat Vermittlungen eingeleitet, um die schwebende Behandlung deutscher Luftschiffer bei künftigen Landen auf französischem Boden zu verhüten.

— Die französische Regierung hat infolge von Zeitungsangriffen eine schärfere Überwachung der deutschen Offiziere angeordnet, welche auf dem Flugplatz von Mourmelon bei Chalons Flugunterricht nehmen.

§ New-York, 6. April. Bei den Stadt- wahlen in Milwaukee siegte die Sozialdemokraten mit überwältigender Mehrheit. Ihr Kandidat E. Seidel, ein Deutscher, wurde zum Bürgermeister der Stadt erwählt.

Bürgermeisterwahl in Wien.

§ Wien, 6. April. Der die christlich-soziale Mehrheit des Gemeinderates umfassende Bürgerklub beschloß heute mit 118 von 114 Stimmen, den ersten Bürgermeister Dr. Joseph Reumann zum Bürgermeister zu wählen. Die Wahl selbst findet am 22. April statt. Handelsminister Dr. Weisskirchner gab die schriftliche Erklärung ab, daß er bereit sei, das Testament Luegers zu erfüllen, daß aber gegenwärtig seine Anwesenheit im Rat der Krone im Interesse der Partei liege.

Der Aufbruch in Albanien.

— Zwischen Albanen und türkischen Truppen finden in der Gegend von Ipek heftige Kämpfe statt.

§ Konstantinopel, 6. April. Die Wahlen, welche die Regierung beschloffen hat, außer den vom dritten Armeekorps bereits nach Ipek entsandenen sechs Bataillonen weitere acht Bataillone von Konstantinopel dorthin zu schicken.

König Eduards Erkrankung.

§ London, 6. April. Ueber das Befinden des Königs kommen ungünstige Nachrichten hier-

